



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wochenbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

schwunden ist. Das junge England war eine kleine Coterie hyperromantischer aristokratischer Jünglinge, die in blauem Frack und weißer Weste den Untergang der Stuarts, der Feudalherrschaft, der Klöster und des Katholicismus beweinten, und deren Faselien ein ehrgeiziger Emporkömmling, Herr D'Israeli, mit geistreicher Sophistik und blendender Rhetorik eine präsentable Gestalt gab, während er die vornehmen Connexionen seiner Böglinge als Stufen benutzte, um zu einer politischen Stellung zu gelangen. Er hat sein Ziel erreicht, das junge England aber ist verschwunden; sein letzter Nest, Lord John Manners, hat zwar im vorigen Jahre die Stuarts noch in einem Gedicht als die einzigen rechtmäßigen Erben der englischen Krone besungen, aber doch in diesem Jahre, als Mitglied des Ministeriums Derby, der Königin Victoria Treue und Gehorsam geschworen.

Wenn aber die Torypartei weder durch die Macht ihrer Talente noch ihrer Ideen gefährlich ist, wenn man sie auch nur als einen Hemmschub an der Staatsmaschine betrachten darf, so ist doch wenig Aussicht vorhanden, daß ihre Zahl, und also auch ihre parlamentarische Bedeutung vermindert werde, so lange das gegenwärtige Wahlssystem unverändert bleibt. Ihre Stärke liegt in den ackerbauenden Wahlbezirken. Die Tenantsfarmer (Pächter auf feste, längere Termine) sind unzufrieden über ihre Lage, und klagen laut; aber darauf beschränkt sich ihre Opposition gegen die Grundbesitzer. Die Tenants at will (Pächter auf Kündigung) sind nicht in der Lage, unabhängig aufzutreten, wenn sie auch dazu geneigt wären; sie haben nicht genug politische Kenntnisse, um eine unabhängige Partei zu bilden, wenn sie die Macht dazu hätten; und sie haben nicht einmal Führer, wenn sie die Macht und die Fähigkeit hätten, gegen die Grundbesitzer eine Oppositionsstellung einzunehmen. —

W o c h e n b e r i c h t

Deutschland.

Die Noth, der Zollverein, die Flotte.

In die geselligen Freuden des Winters klingt ein Wehruf der Hungrigen und Glenden in verschiedenen Gegenden Deutschlands. Vom Speffart und der Rhön, aus Oberschlesien, aus Preußen kommen Berichte über ein hilfloses Glend, welches pestartige Krankheiten erzeugt und die Kirchhöfe füllt. Es ist klar, daß in solchen Gegenden, wo der Tagelohn des Feldarbeiters oder der Verdienst des kleinen Hausarbeiters nur 3 — 5 Silbergroschen beträgt, der Arbeiter fast ausschließlich auf Kartoffelnahrung angewiesen ist, und bei jeder Mißernte derselben, zumal wenn diese mit einer Preiserhöhung des Getreides verbunden ist, allen Qualen des Hungers ausgesetzt wird; es ist nicht zu läugnen, daß Mangel an Intelligenz, schlechter Schulunterricht und eine ungesunde bürgerliche Stellung des kleinsten ländlichen Grundbesitzes dieses Leiden vergrößern; es ist ferner nicht zu läugnen, daß schlechte Gemeindegesetze und

Mangel an Umsicht von Seiten der administrativen Behörden diese Leiden fühlbarer machen.

Es giebt gegen diese kranken Zustände manche Heilmittel, welche die Regierungen und die Nächstenliebe der Einzelnen anzuwenden verpflichtet wären, aber es giebt nur eine radicale Heilung: eine kräftige Entwicklung der deutschen Industrie, nicht nur durch Fabriken, sondern auch durch rationellen Landbau. Nur dadurch kann allmählich eine höhere Bezahlung der menschlichen Handarbeit und so eine Verbesserung des Looses der ärmsten Klassen bewirkt werden. Zwar ist seit den letzten zwanzig Jahren der Tagelohn für ländliche Arbeit in den verschiedenen Gegenden Deutschlands bereits um 1, ja 2 Silbergroschen gestiegen, aber diese allmähliche Zunahme der Prosperität unsrer Tagearbeiter wurde bis jetzt mehr als aufgewogen durch die größeren Schwankungen der Roggenpreise, das dauernde Mißrathen der Kartoffeln, ja selbst durch die an sich höchst vortheilhafte Veränderung ihres Verhältnisses zu den Gutsherren, die Ablösung ihrer Rechte und Verpflichtungen. Noch ist in den meisten Landschaften des östlichen Deutschlands, zumeist in den Grenzländern Preußen, Posen, Schlessen, der Tagelohn des Landarbeiters zu niedrig, freilich auch die Arbeit, welche er dagegen leistet, zu gering, und in den Fabrikdistricten der Gebirge leiden wichtige Industriezweige an dem Mangel von Capitalien und an Mangel von Intelligenz der kleinen Fabrikanten. Jeder große Aufschwung der gesammten staatlichen Production erscheint aber jetzt abhängig von der Verbindung sämmtlicher deutschen Staaten zu einer Handels- und Verkehrseinheit, zunächst von der Verbindung derselben mit der Nordsee und den großen Straßen des Welthandels.

Was in der letzten Zeit in dieser Beziehung geschehen, kann einigen Muth geben. Oldenburg ist dem Vertrage zwischen Preußen und Hannover beigetreten, und die Staaten des alten Zollvereins sind nebst den neuen Bundesgenossen zum 14. April nach Berlin berufen worden, um den Zollverein auf's Neue zu consolidiren. Das Benehmen der preussischen Regierung in der ganzen Zollangelegenheit war klug und gemäßigt, so sehr, daß es einen lebhaften Gegensatz bildet zu der Unsicherheit und Abhängigkeit, welche sie auf anderem Terrain gezeigt hat. Es war sehr klug, daß Preußen die Verstimmung des Königs von Hannover über die renommirende Absendung der österreichischen Truppen nach Holstein benutzte, sich ihm wieder zu nähern und den Zollvertrag zu schließen; es war zwar gewagtes Spiel, daß es diesen Vertrag schnell und im größten Geheimniß abschloß, ohne den übrigen Zollvereinsstaaten Etwas davon zu sagen, aber da dieses Verfahren nöthig war, wenn der Vertrag überhaupt zu Stande kommen sollte, und die Sache so gut abgelaufen ist, so hat der Erfolg gezeigt, daß auch dies zweckmäßig war. Es war ferner nützlich, daß Preußen nach geschlossenem Vertrage mit Hannover den Zollverein ohne Weiteres kündigte, und allen Staaten desselben alle Perspectives freigab, welche Oestreich mehr sanguinisch als solid geöffnet hatte; es war endlich vortrefflich operirt, daß Preußen die Handelsconferenzen in Wien ruhig verlaufen ließ und Oestreich jede Gelegenheit bot, seinen Einfluß geltend und seine Offerten lockend zu machen. Die einzelnen Staaten erhielten dadurch hinlänglich Zeit, die Empfindlichkeit zu überwinden, welche sie wegen des heimlichen Abschlusses mit Hannover und der plötzlichen Kündigung des Zollvereins gegen Preußen fühlten. Die Unzufriedenen gingen zuerst eifrig auf die Vorschläge der österreichischen Regierung ein, sahen aber bald in ihren Büchern nach, und überlegten als Geschäfts-

leute, auf welcher Seite der größte Vortheil für sie sei. Was noch vor einigen Wochen fraglich war, ob alle Staaten des bisherigen Zollvereins der neuen Verbindung beitreten würden, ist jetzt kaum noch zweifelhaft. So scheint Preußen sich durch ein zweckmäßiges Benehmen den Einfluß wieder zu gewinnen, welchen es in den letzten Jahren verloren hatte, und mehr als diesen Einfluß, denn es sei hier wiederholt ausgesprochen: die Vereinigung der Zollvereinsstaaten mit den Nordseestaaten zu einer Handels- und Verkehrseinheit ist, wie die Sachen einmal liegen, der größte Fortschritt in unsrer Entwicklung, den wir jetzt hoffen konnten. Durch ihn ist ein neuer Grund gelegt zu einem Aufblühen des Wohlstandes der Einzelnen sowol, als zu einer politischen Concentration der Staaten.

Deshalb verdient die letzte Denkschrift der preussischen Regierung, die Beilage zum Circularschreiben, welches zur bevorstehenden Conferenz einladet, die größte Beachtung. Außer den Veränderungen des Tarifs, welche durch den Vertrag mit Hannover für den Zollverein nothwendig geworden sind, und welche, wie bekannt, vornehmlich in Herabsetzung der Zölle auf einzelne Colonialwaaren und Weine bestehen, und außer einigen Propositionen wegen Erleichterung des Getreideverkehrs in theueren Zeiten schlägt die Denkschrift vor, die bisher im Zollverein nothwendige Einstimmigkeit der Staaten bei Bildung verbindlicher Beschlüsse zu beschränken. Sie soll bestehen bleiben bei Verhandlungen über Grundverträge, bei Erlaß neuer und Veränderung bestehender Gesetze, zu denen auch die Vereinstarife gehören; dagegen soll die Majorität entscheiden bei Interpretation der Gesetze und bei den nur reglementarischen Anordnungen. Leider ist dieser Vorschlag noch ungenügend. Was den Zollverein bis jetzt gehindert hat, in seinen Tariffäßen auf verfassungsmäßigem Wege zu irgend einem consequenten Fortschritt zu kommen, war eben die unglückliche Einstimmigkeit, welche bei allen Beschlüssen nöthig war, und welche es irgend einem querköpfigen kleinern Staate möglich machte, die besten Beschlüsse zu verhindern. Es ist einzusehen, daß Preußen gerade jetzt vermeiden wollte, durch eine so radicale Aenderung der Verfassung die alten Genossen zu beunruhigen; und doch war gerade der gegenwärtige Zeitpunkt geeignet zu einer entschiedenen Reform. — Der wichtigste Vorschlag, welchen Preußen macht, ist Errichtung von Zollvereinsconsulaten. An den wichtigsten Plätzen consules missi als Generalconsuln, welche mit den kaufmännischen Viceconsuln der benachbarten Orte in organische Verbindung gebracht werden; die Patente der Consuln werden am besten von jedem einzelnen Staat ausgestellt; es erscheint billig, daß die Seestaaten einen größern Beitrag zu den Kosten der Consulate liefern, sie mögen für sich allein ein Drittel, mit allen übrigen zusammen zwei Drittel der Kosten aufbringen.

Diese Propositionen hängen mit anderen Organisationsplänen an der Nordsee zusammen. Von allem Schmerz und allen Demüthigungen, welche die deutschen Volkswünsche in den letzten Jahren erfuhren, war keine so bitter, als die Behandlung der Flotte durch den restaurirten Bund. Es war sehr hart, daß die Deutschen, durch deren freiwillige Sammlungen ein, wenn auch nicht großer Theil, der Flotte erworben wurde, ein halbes Jahr durch fast täglich klägliche Nachrichten über die Zukunft ihres Lieblingsunternehmens in den Zeitungen lesen mußten, wobei nur zweifelhaft blieb, was trauriger war, die Verhandlungen in Frankfurt, oder die Berichte der Zeitungsschreiber, welche zuweilen den einen Tag Neues meldeten, um den andern widerrufen zu können. In der That war das Urtheil über die deutsche Flotte an dem Tage gesprochen, wo der alte Bund in seinem Palais zu Frankfurt wieder zusammenkam. Eine Flotte ist eben so wenig wie ein Kriegsheer praktisch, nützlich und wünschenswerth, wenn sie von einem Compagniegeschäft regiert wird, dessen einzelne Theilnehmer verschiedene, oft die entgegengesetzten Interessen haben; die Marine braucht einen Herrn, wie das Landheer, einen einheitlichen, schnellen und gewandten höchsten Willen. Wäre die Flotte vom Bunde erhalten worden, so wäre das im besten Fall eine Komödie gewesen, die man den Völkern zu Liebe fortgespielt hätte; die Flotte selbst wäre in ihren Häfen zu einem langsamen Tod

verdammt gewesen, denn gegen jede Benutzung im Interesse Norddeutschlands würde Oestreich intrigirt haben, und gegen jede Verwendung für oestreichische Zwecke Preußen und seine Verbündeten. Freilich, wenn Deutschland sich dem oestreichischen Handelsstarife gefügt und Oestreich das Protectorat über den deutschen Handel übernommen hätte, dann wäre es in seinem Interesse gewesen, auch die Nordseeflotte zu conserviren, d. h. zu einer oestreichischen zu machen. Da aber dies nicht der Fall war, und Oestreich entschiedene Abneigung zeigte, irgend etwas für Erhaltung dieser Schöpfung der norddeutschen Revolution zu thun, so war es nothwendig, daß Preußen darauf drang, diesem Zustande der Unsicherheit ein Ende zu machen; hatte es doch aus seiner Kasse den verhältnißmäßig größten Theil der Summen hergegeben, durch welche die Flotte zusammengebracht und bis jetzt erhalten worden war. Die Auflösung der Flotte wurde beschlossen; Preußen sollte als Anrechnung auf seine früheren Leistungen gegen Zahlung der Differenzsumme die Fregatte Eckernförde (Geston) und den schönen Kriegsdampfer Barbarossa erhalten, die übrigen Schiffe sollten nach dem Taxwerth vertheilt, resp. verkauft werden. Für Preußen und Deutschland erschien dieses klägliche Ende eines großen Unternehmens immer noch als ein Vortheil. So wichtig die Bildung einer Nordseeflotte für uns ist, so ist es doch nothwendig, daß dieses Geschwader keinen andern Herrn hat, als den Staat oder die Union, welche die deutschen Nordseeküsten beherrscht, vorausgesetzt, daß diese Union eine energische einheitliche Leitung möglich macht. Es giebt also zwei Wege: die Flotte unter die Nordseestaaten zu verkaufen, oder durch die Zollvereinsstaaten übernehmen zu lassen. Da aber die Union an der Nordsee noch nicht consolidirt ist, da die verschiedenen Staatseinheiten an der Küste noch nicht einmal dieselben Handelsinteressen haben, und da die Organisation des Zollvereins noch lange nicht so weit vorgeschritten ist, daß er mit Erfolg die Repräsentation durch eine Kriegsflotte übernehmen könnte, so lag es in Preußens Interesse, die Flotte jetzt zerschlagen zu lassen, die besten Schiffe zu erwerben, und als seine eigene Flotte dem Zollverein zur Disposition zu stellen. Nun hat aber Hannover, der neue Handelsfreund, den entschiedenen Wunsch ausgesprochen, einen Verein der deutschen Staaten zur Erhaltung der Flotte zusammenzubringen; ihm ist die deutsche Flotte bis jetzt am nächsten gewesen, sie hat unter seiner besondern Aufsicht gestanden, und in den regierenden Kreisen hat sich ein Interesse daran festgesetzt, welches von Ehrgeiz und stillen Plänen für die Zukunft nicht ganz frei ist. Für sich allein kann Hannover die Flotte nicht erhalten, wol aber würde es seiner Lage und seinem Interesse nach beim Zustandekommen eines Vereins voraussichtlich die specielle Aufsicht, allerlei Schmuck und Nutzen davon haben. Preußen hatte Grund, den Lieblingsplan seines neuen Allirten zu schonen, so wenig er auch mit den eigenen Intentionen übereinstimmte. Deshalb und weil die Versuche Hannovers, mit den kleinen Staaten allein einen Flottenverein zu Stande zu bringen, gescheitert waren, gab Preußen in der Bundesstzung vom 6. März eine merkwürdige, wieder gewandt geschriebene Erklärung ab, welche als ein Muster geschäftlichen Styls und einer klugen kaufmännischen Politik erscheint. Es sagt darin ungefähr Folgendes: „Ihr kleinen Staaten habt vergebens versucht, einen Flottenverein zu Stande zu bringen, der sich mit dem Bunde auseinandersetzt und die Flotte auf eigene Rechnung übernimmt; ich will Eurem Verein beitreten. Ich bringe damit freilich ein großes Opfer. Ich bin auf die Ostsee angewiesen, habe an meinen Ostseeschiffen genug zu zahlen und für meinen Theil an der Nordsee kein besonderes Interesse. Indes da Ihr so gute Nachbarn seid, und allein nicht fertig werden könnt, so will ich ein Uebriges thun, um Euch eine Freude zu machen. Es sind, wie Hannover richtig sagt, 800,000 Thlr. jährlich nöthig, die Flotte in Stand zu halten, weniger durchaus nicht. Wir wollen sehen, ob wir die zusammen aufbringen. Die Beiträge mögen nach der Bundesmatrikel gezahlt werden, und die Küstenstaaten sollen ein Präcipuum zahlen, wozu sich Hannover ja bereits erboten hat. Ich bin eigentlich nur wegen Sachsen und Westphalen bei der Nordsee interessirt, und habe außerdem die ganze Ostseeflotte allein zu erhalten. Ich will aber geben, um

Sich zu zeigen, daß ich ein uneigennütziger Mann bin, 50 Procent von dem, was ich nach meiner Matrikel zahlen muß. Zeigen Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und die beiden Hessen eben so viel guten Willen, so ist der Verein gesichert. Das aber ist mein letztes Wort. Es ist lange genug über die Sache gesprochen; Ihr alle wißt, was Ihr wollt. Bis zum 31. März muß der Verein gesichert sein, sonst trete ich zurück vom Geschäft, nehme nach dem Bundesbeschlusse meine zwei Schiffe, und die Flotte hat ein Ende.“ — Diese Erklärung wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht genügen, den Privatverein zu Stande zu bringen; falls er aber doch zu Stande käme, würde Preußen wenigstens eine Hauptstimme darin haben, und dies wäre unter allen Umständen wünschenswerth. Mit Ende dieses Monats wird diese Angelegenheit definitiv entschieden; dieses Blatt wird seinen Lesern über die Entscheidung berichten.

Die Opposition in England. — Lord Palmerston.

Die Opposition gegen das Ministerium Derby hat ihr Banner erhoben, ihre Streitkräfte gezählt, ihren Feldzugsplan entworfen und verkündet. Am ersten März war bei Lord John Russell eine Versammlung der liberalen Partei des Unterhauses, in welcher die gegen das Ministerium zu ergreifenden Maßregeln besprochen wurden. Die Whigs hatten sich natürlich alle, die unabhängigen Liberalen und Radicalen fast ohne Ausnahme eingefunden; dagegen war von den Peeliten nur Fr. Peel anwesend, der unter dem vorigen Ministerium eine Unterstaatssecretäirstelle bekleidet hatte. Lord Palmerston und seine beiden treuen Knappen, Oberst Freeton und Sir Monkton Milnes, fehlten. Was Lord J. Russell während der sechs Jahre seiner ministeriellen Wirksamkeit zu seinem eigenen Schaden zu lange versäumt hat, das hat er jetzt plötzlich in den vierzehn Tagen seiner Amtlosigkeit gelernt: er hat die Nothwendigkeit eingesehen, aus dem engen Kreis der Whigclique herauszutreten, und Rath und Hilfe in den weiteren Kreisen der liberalen Partei zu suchen. Im Laufe der Woche hätte sich der Expremier wiederholt mit Sir James Graham, dem gegenwärtigen Führer der Peeliten im Unterhause, in Verbindung gesetzt, und in seiner eigenen Wohnung eine Unterredung mit Richard Cobden, dem Chef der radicalen Freihändlerpartei, gehabt; und die Rede Lord Russell's an die Versammelten zeigte, daß er die Wünsche der beiden wichtigen Fractionen der liberalen Partei zu berücksichtigen gewillt sei. Gegen frühere Vermuthung erklärte er sich für ein sehr entschiedenes Auftreten gegen das Ministerium. Die Schweigsamkeit, welche dasselbe bei Gelegenheit der Neuwahlen beobachtet hat, gedenkt es auch im Parlamente fortzusetzen, und auf eine schriftliche Anfrage Lord Russell's hat Hr. D'Israeli, der ministerielle Führer im Unterhause, erklärt, daß er über die Handelspolitik des Ministeriums keine weiteren Eröffnungen im Unterhause zu machen gedenke. Damit will sich jedoch die Opposition nicht begnügen: sie wird nicht dulden, daß sich das Ministerium erst befestige, um dann seinen amtlichen Einfluß bei den neuen Parlamentswahlen geltend zu machen, sondern auf sofortige Entscheidung dringen. Diese wird wahrscheinlich Montag, den 15. März, stattfinden, wo Hr. Villiers im Unterhause einen Antrag auf eine Erklärung zu Gunsten des Freihandels stellen wird, um dadurch eine allgemeine Debatte zu veranlassen, und das Ministerium wo möglich zu einer bestimmten Erklärung zu zwingen. Wenn es sich nicht ausdrücklich und bindend gegen die Wiedereinführung des Kornschutzzolls erklärt, so wird ein Antrag gestellt werden, die Subsidien nur auf drei Monate zu verwilligen. Die Annahme desselben kann nur den Rücktritt des Ministeriums oder die sofortige Auflösung des Parlaments zur Folge haben; und man ist allgemein der Meinung, daß das Ministerium letztern Weg vorziehen wird.

Der Vorschlag Lord J. Russell's, in dieser Weise zu verfahren, fand die einstimmige Billigung der Versammlung, und auch Sir J. Graham hat im Namen der

Peeliten versprochen, alle Schritte zu Gunsten der Aufrechterhaltung der Freihandelspolitik zu unterstützen. Einige der unabhängigen Liberalen schienen Anfangs nicht geneigt zu sein, Lord Russell's Führerschaft ganz unbedingt wieder anzuerkennen. Sie drangen auf deutliche Erklärungen über die Politik, welche Lord Russell zu befolgen gedenkt, im Fall er wieder das Portefeuille übernimmt, und namentlich machte Hr. Sume kein Hehl von seiner Ueberzeugung, daß ein neues Ministerium Russell sich nicht ausschließlich aus den Reihen der Whigs ergänzen dürfe, wenn es die Stimme der Nation und eine feste Majorität im Hause für sich haben wolle. Lord J. Russell versprach darauf seine Reformbill zurückzuziehen, und gab zu verstehen, wenn er wieder das Portefeuille übernehme, werde er eine neue Reformbill einbringen, in welcher die Forderungen der Liberalen besser berücksichtigt wären, als in seiner letzten. Diese Erklärung hat bei der liberalen Partei große Befriedigung erregt.

Während das Organ der radicalen Freihändler, Daily News, die Resultate der Versammlung mit sichtbarem Wohlgefallen berichtet, ist die Times viel weniger sanguinisch in ihren Erwartungen. Sie scheint sogar zu bezweifeln, daß es der Opposition so bald gelingen werde, das Ministerium zu stürzen, und macht auf die Schwäche der Versammlung aufmerksam, welche nur 168 Mitglieder gezählt habe, — ein starker Abstand gegen voriges Jahr, wo Lord Russell bei Privatberatungen 250 bis 260 Mitglieder des Unterhauses um sich versammelt hatte. Auch sonst zeige die Zusammensetzung der Versammlung, daß die alten Zwistigkeiten, welche die liberale Partei in den letzten Jahren geschwächt, noch nicht beigelegt seien. In der That verräth die Abwesenheit der meisten irländischen Mitglieder, daß diese, zwar nicht durch ihren politischen Charakter, aber durch ihre numerische Stärke ins Gewicht fallende Partei immer noch mit den Whigs grollt. Lord Palmerston ist ebenfalls noch nicht versöhnt, und die Nichttheilnahme der Peeliten an der Versammlung zeigt, daß sie durchaus nicht gewillt sind, Lord Russell ohne Bedingungen ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Ihr Organ, die Morning Chronicle, spricht sich darüber heute sehr deutlich aus. Sie erklärt ganz offen, daß ihre Partei Lord John Russell's exclusives System nicht dulden werde, und obgleich die Peeliten mit den Whigs zusammenwirken würden, um D'Israeli nächsten Montag zum Sprechen zu zwingen, so würden sie doch keinen Schritt weiter gehen, bevor die Frage, wem die Leitung der Opposition gebühre, befriedigend gelöst sei. Die Times fürchtet daher mit Recht, daß die Schwierigkeit mit dem Sturz des Ministeriums Derby noch nicht gelöst sein werde. Lord Russell beweise durch seinen neuesten Schritt, daß er durchaus nicht geneigt sei, von der Führung der liberalen Partei zurückzutreten, und wenn er sich auch gegenwärtig etwas gefälliger gegen die liberalen Reformen zeige, als früher, so hänge er doch zu fest und zu ausschließlich an seinen alten Parteiverbindungen, um durch Erweiterung der Basis seines projectirten Ministeriums demselben mehr Einigkeit und Productivität zu geben.

Wie sonst nach dem Tode eines Staatsmannes, ist jetzt, kaum zwei Monate nach Lord Palmerston's unerwartetem Rücktritt aus dem Ministerium Russell, von G. H. Francis unter dem Titel: „Opinions and Policy of Viscount Palmerston“ ein Ueberblick über seine politische Wirksamkeit erschienen, so daß der edle Lord das zweideutige Vergnügen hat, sein politisches Epitaphium noch bei lebendigem Leibe zu lesen. Lord Palmerston ist 1784 geboren, und bewarb sich schon 1806 als 21jähriger Jüngling um die Vertretung der Universität Cambridge; er wurde jedoch nicht gewählt, und mußte seine Zuflucht zu dem Wahlstücken Bletchingley nehmen, einer rollen borough, die mit Old Sarum und Gatton durch die Reformbill ausgemerzt worden ist. Bei der Bildung des Ministeriums Portland im folgenden Jahre wurde Lord Palmerston einer der Admiraltätslords, und diejenigen, welche wußten, welche glänzende Rolle er auf der Schule und auf der Universität gespielt hatte, prophezeiten schon damals Großes von ihm. Seine erste größere Rede galt der Vertheidigung des Bombardements von Kopenhagen — gewiß ein figlicher Gegenstand für einen Neuling im Parlamente.

1809 nach dem Rücktritt Lord Castlereagh's wurde Palmerston Kriegssecretair, und blieb in diesem Amte 19 Jahre, ohne durch die Ermordung des Premiers Percival, die Intriguen gegen Canning, oder das gebieterische Wesen des Herzogs von Wellington sich in dem ruhigen Besiz seines Postens stören zu lassen. Merkwürdiger Weise verrieth er während dieser Fragen lange Zeit bei keiner Gelegenheit hervorragendes Talent. Er war wenig mehr als ein gewandter Bureaukrat, und Wenige ahnten, daß dieses hübsche, lächelnde Gesicht, und die heitere, offene Stirn den Geist und die Energie verbarg, welche einige Jahre später bestimmend auf die Geschicke der ganzen civilisirten Welt einwirken sollten. In diesem Abschnitt seiner politischen Laufbahn war Palmerston ein standhafter Vertheidiger der Katholikenemanzipation, und ein Gegner der Parlamentsreform, — vielleicht aus Dankbarkeit gegen den „verfaulten Wahlstücken“ Bletchingley, der ihn ins Parlament gebracht hatte. Ritterlich hielt er bei Canning aus, als sich dieser große Staatsmann von allen seinen Collegen verlassen sah, und wußte mit großer Gewandtheit seine Stelle unter dem kurzen Ministerium Goderich und dem Herzog von Wellington zu behaupten. Bis dahin hatte er zu den Tories gehalten, aber seine enge Verbindung mit Canning hatte sein Verhältniß zu ihnen schon lockerer gemacht. 1834 fügte er sich in die Reform, und schloß sich den Whigs an, in deren erstem Ministerium er Staatssecretair der auswärtigen Angelegenheiten wurde. Seit dieser Zeit bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im vorigen December ist seine politische Laufbahn Jedem bekannt, der eine Zeitung liest.

Es ist noch ein Räthsel, was Palmerston, der sonst nach dem Ruhme strebte, überall als Vertheidiger des constitutionellen Princips aufzutreten, so plötzlich zum Verehrer der napoleonischen Säbelherrschaft gemacht hat. Vielleicht hat sein sehr lebhaftes persönliches Gefühl einen großen Antheil daran, denn die Partei, welche Ludwig Napoleon am 2. December stürzte, hat ihn von jeher am bittersten angegriffen. Nicht Wenige haben seinen Fall beklagt, denn der edle Lord hatte sich durch seine hohe Begabung, seine große Liebenswürdigkeit, und die dem nationalen Stolze schmeichelnde aggressive Tendenz seiner Politik zahlreiche Freunde erworben. Unter den Parlamentsrednern nahm Lord Palmerston eine der ersten Stellen ein. Sein Stoff war gediegen, seine Sprache fließend und gewählt, sein Styl so correct, daß die Reporter selten Ueberflüssiges zu streichen, oder Lücken auszufüllen hatten. Wenn er sich zu einer Rede erhob, hatte der Sprecher nicht erst nöthig, Schweigen zu gebieten. Selbst der nimmerruhende Sibthorp war still, und Howard von Carlisle hielt ein in seinem Geplauder, mit dem er so viele andere Reden zu begleiten pflegte. Wie er allmählich wärmer wurde, riß er die Versammlung mit sich fort, bis er zuletzt mit einer kräftigen „Rule Britannia“ Phrase einen begeisterten Beifallsturm hervorrief, wie er nur im englischen Unterhaus zu hören ist. Seine große Vertheidigungsrede in der griechischen Frage gehört zu den schönsten Leistungen neuerer Zeit. In einer ohne Unterbrechung von 9 Uhr Abends bis 1 Uhr früh dauernden Rede gab der edle Lord einen Ueberblick über die Geschichte Europa's während der letzten ereignisreichen Jahre, welche an Eleganz und Klarheit der Anordnung selbst für ein geschriebenes Werk zum Muster dienen könnte. Ohne sich nur eine einzige Notiz niedergeschrieben zu haben, ohne andere Hilfe als sein Gedächtniß nahm er die Reden seiner Ankläger nach der Reihe vor, führte ganze Stellen daraus wörtlich an, zergliederte Angriffe und Argumentationen und widerlegte sie siegreich, spielte mit den Geheimnissen der Geographie, und entwirrte den Knäuel diplomatischer Intriguen, bis das Ganze Allen so verständlich ward, wie das ABC-Buch. In den unwirthlichen Pässen des Balkans, und in den reichcultivirten Ebenen der Lombardei, in den Marschen Holsteins und an dem weichenreichen Ufer des Ilyssus war er gleich zu Hause, und an jedem dieser weitentlegenen Orte legte er seine Unschuld dar und rechtfertigte seine Politik. Das Haus war fast ohne Ausnahme für ihn. Wäre er damals, im Augenblick des stolzesten Sieges, zurückgetreten, wie ruhmvoll wäre er geschieden. Aber das Ende großer Männer ist nicht immer ihrer Thaten würdig. Hannibal, nachdem er

Nom dem Untergang nahe gebracht, starb als verlaffener Flüchtling am Hofe des Antiochus, und Lord Palmerston, vor dem die tauſendjährigen Throne des Continents zitterten, hörte auf die Geſchicke Europa's zu beherrſchen, weil er officiell geſagt hatte, was Lord Ruſſell nichtofficiell meinte! Das Buch von Francis enthält, außer einer mit großer Unparteilichkeit und Sorgfalt geſchriebenen Darſtellung der politiſchen Laufbahn des ehemaligen Staatsſecretairs des Auswärtigen, eine ſchöne Auswahl ſeiner beſten Reden, und iſt Allen, welche die großen politiſchen Verhältniſſe der letzten Jahre an der Quelle ſtudiren wollen, dringend zu empfehlen.

Parifer Botſchaften.

Die Neuigkeiten ſtießen dieſe Woche ausnehmend ſpärlich. Die Werkſtätte der großen Politik iſt nicht mehr die laute Nationalverſammlung, wo jede politiſche That von ihrem erſten Keime an bis zu ihrer vollſtändigen Reife im hellen Lichte des Tages heranwuchs, ſondern das ſtille Cabinet des Präſidenten, aus dem das Ereigniß ſitz und fertig vor die Welt tritt, und ſich jede Bemerkung oder Bekritteltung ſeiner Exiſtenz ſehr ernſthaft verbittet. Man iſt daher eben ſo ſchweigsam über das Geſchehene wie über das Geſchehene, und Paris iſt am wenigſten der Ort, wo etwas über franzöſiſche Politik zu erfahren iſt. Nur Gerüchte werden laut, bald von Müſſigen erfunden, bald von der Regierung ſelbſt verbreitet, um die öffentliche Meinung mit einer neuen Ueberräſchung nicht allzu ſehr zu erſchrecken, und nur Gerüchte können wir heute bieten. Sehr beliebt iſt das Gerücht von der Wiederherſtellung des Kaiſerreichs, die bei Gelegenheit der Vertheilung der Adler an die Regimenter ſtattfinden ſoll, doch dieſmal nicht direct durch Ludwig Napoleon, ſondern auf Antrag des Senats. Als Pathen des jungen Empire wurde Jerome Buonaparte und General Hautpoul genannt, die großen Eifer für das noch ungeborene Kind an den Tag legen.

Wichtiger iſt die immer noch nicht ausgeglichene Differenz des Präſidenten mit dem Kriegsminiſter General St. Arnaud. Man ſpricht immer noch von ſeinem Rücktritt, und nennt bald General Canrobert, bald General Daumas als ſeine Nachfolger. St. Arnaud will nicht in den Plan des Präſidenten willigen, allen Officieren vom Bataillonscommandanten aufwärts, die mehr als 40 Jahre Dienſtzeit haben, den Abſchied zu geben. Da ein Kriegsjahr für 2 Dienſtjahre gerechnet wird, kann die Zahl ſolcher Officiere bei einer Armee, von der jedes Regiment mehrere Feldzüge in Afrika mitgemacht hat, nicht gering ſein; man giebt ſie ſogar auf 750 in der Armee von Paris, und auf 1500 überhaupt an. Das ausgesprochene Motiv zu dieſer Maßregel iſt, jüngere Kräfte in die Regimentsſtäbe zu bringen, das wirkliche Motiv, alle höheren Officierſtellen mit Leuten, welche dem Präſidenten unbedingt ergeben ſind, zu beſetzen, denn Ludwig Napoleon iſt mit der bisherigen Gefügigkeit der Armee immer noch nicht zufrieden, und wünſcht jede Möglichkeit, daß ihm ein Nebenbuhler aus ihren Reihen erſtehen könnte, zu entfernen. Der Plan iſt zwar vor der Hand bei Seite gelegt, kann aber bei der bekannten Zähigkeit des Präſidenten jeden Tag wieder vorgenommen, und ausgeführt werden. Welche Folge es hat, wenn Officiere maſſenhaft wegen politiſcher Anſichten entlaſſen oder angeſtellt werden, oder die Armee zu einem Parteiwerkzeug gemißbraucht wird, hat Spanien gezeigt, und zeigt Portugal noch. Der Soldat verliert die Achtung vor dem Officier, den er ohne militairiſche Verdienſte befördert, und ohne militairiſche Verſöße entlaſſen ſieht; der Officier lernt die politiſche Agitation als ein Beförderungsmittel betrachten, und die Armee, welche den Staat aufrecht erhalten ſoll, wird zum vornehmſten und bereitwilligſten Werkzeug der Umwäzlung.

Wo ſo vieles Schwarze iſt, ſoll man auch den kleinſten weißen Fleck rühmend erwähnen. Was man ſeit 20 Jahren vergebens gegen den Widerſtand der Haute finance durchzuſetzen verſucht hat, die Converſion der 5% Rente, das hat der Präſident mit